

Ratssitzung 13.11.2014 zum TOP 15, Restrukturierung der Wasserversorgung

Liebe Besucher, sehr geehrte Ratsmitglieder, Herr Oberbürgermeister,

SOLINGEN AKTIV stimmt der Restrukturierung der Trinkwasserversorgung und der dafür vorgeschlagenen Gründung eines städtischen Eigenbetriebs zu. Die sehr gute Gewinnung, Bevorratung, Qualitätssicherung und Versorgung mit hochwertigem Trinkwasser in Solingen muss erhalten bleiben!

Sie selbst begründen diese Vorlage und die Notwendigkeit der rechtlichen Neustrukturierung der Wasserversorgung mit den Gefahren, die das TTIP birgt. Es ist sehr zu begrüßen, dass die Verwaltung diesbezüglich rechtzeitig agiert und umso unverständlicher, dass sie, Herr Feith noch diese Woche im Hauptausschuss ihr Vorgehen rechtfertigten, die Bürgereingabe zu diesem Thema TTIP abzulehnen, da sie keine kommunale Angelegenheit sei. Und das, obwohl in derselben Sitzung diese Vorlage vorlag.

Solingen Aktiv steht dafür, dass Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge nicht immer stärker den Interessen der internationalen Banken und Monopolen untergeordnet werden. TTIP würde die politischen Entscheidungen durch Stadtparlamente weiter einschränken und mit Marktzugangsverpflichtungen dem internationalen Finanzkapital neue Anlagemöglichkeiten für ihr überschüssiges Kapital bieten. So sollen aus dem öffentlichen Nahverkehr, aus der Trinkwasser- und Abfallentsorgung, aus den Krankenhäusern, der Bildung usw. Maximalprofite herausgeschlagen werden. 1,88 Mio. Menschen stimmten deshalb 2013 für eine europäische Bürgerinitiative gegen die Liberalisierung des Wassermarktes.

So lockt gerade beim Wasser ein Markt, auf dem erst 10% der weltweiten Wasserversorgung privatisiert sind. Mit der neuen Gesellschaft wird erst mal verhindert, dass die direkte Belieferung der Abnehmer für Wasser in Solingen privatisiert wird.

In der Vorlage heißt es: *„Es ist wahrscheinlich, dass bei den privatrechtlich organisierten Stadtwerken aufgrund des zu erwartenden Regimes des TTIP auch die Wasserversorgung in den Wettbewerb hinein gezogen wird. Bei homogenen Gütern (...) tritt dann schnell der Preis in den Vordergrund“*. Das zeigt einmal mehr dass die Re-kommunalisierung der Stadtwerke oder eine sinnvolle Umgestaltung wie die heute zu beschließende - alleine noch kein Garant für Erhalt der Daseinsvorsorge sind und damit der kapitalistische Markt nicht einfach abgewehrt wird.

Die Erzeugung des Trinkwassers bleibt aber bei den Stadtwerken und diese sind nicht geschützt vom Zugriff über TTIP - sonst bräuchte man ja die ganze Restrukturierung nicht machen. Auch sind nach bisherigen Kenntnissen die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge, wenn TTIP wie geplant, beschlossen wird, nicht dadurch geschützt, dass sie „Eigenbetriebe“ sind. Um zu verhindern, dass die Erzeugung des Trinkwassers privatisiert wird, führt kein Weg am Widerstand gegen TTIP vorbei.

So werden in den TTIP Verhandlungen sog. Negativlisten verhandelt, die nicht dem Markt geöffnet werden sollen. Hier hat die EU in ihrem Verhandlungsmandat definiert, dass es nur wenige öffentliche Dienstleistungen sind, wie Justiz, Polizei, Straf-

vollzug von der „Liberalisierung“ ausgenommen wären. Nicht ausgenommen werden sollen Bildung, Kultur, Wasser und Abwasser. Damit wären lt Verband kommunaler Unternehmen e.v. (VKU) nationale oder lokale Einschränkungen, die Wasserversorgung nur über öffentliche Unternehmen erstellen zu lassen, nicht mehr zulässig. D.H. Privatisierung der Wasserversorgung.

Ein weiterer Mangel an der Beschlussvorlage ist, dass die berechtigte Frage des Trinkwasserschutzes und der Trinkwasserqualität mit dieser Maßnahme allein in Zukunft nicht gelöst werden kann.

In der Vorlage wird das Problem mit dem Auftauchen der Burgunderalge in den Talsperren und den heute schon aufwendigen Schutzmaßnahmen dagegen erwähnt. Die Blaualge produziert das giftige Microcystin, das zu Leberschäden führen kann. Die Ursache in den Bergischen Talsperren dafür sind nach bisherigen Untersuchungen nicht Einträge von Nährstoffen aus der Landwirtschaft, sondern eine Verringerung der Durchmischung der Wasserschichten infolge der Erderwärmung. Also kann die Lösung nicht nur darin bestehen, immer neue und aufwendigere Filtermethoden zu betreiben - so nötig die sind, sondern den Kampf gegen die lebensgefährliche Gesamtrichtung der Klimaerwärmung aufzunehmen, um eine Weltklimakatastrophe zu verhindern. Deshalb muss auch Schluss gemacht werden mit der Bebauung von immer neuen Grünflächen.

Hier besteht aber auch noch ein weiterer Zusammenhang - zur Frage des Frackings. Aktuell wurde bekannt, dass in NRW bereits 50% der Fläche des Landes von den internationalen Konzernen in Claims zum Fracking abgesteckt - darunter zwei Drittel der Fläche Wuppertals und die Hälfte von Haan. Damit ist direkt das Grundwasser von Solingen gefährdet. Aber auch die Gewinnung des Rohwassers für das Wasserwerk Baumberg. Denn dieses wird zu 88% vom Grundwasserstrom aus dem bergischen Land Richtung Rhein gespeist - also aus der beabsichtigten Frackingzone.

Die konkrete Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan - Anlage 7 - beantragen wir aus der Abstimmung herauszunehmen bzw. Einzelabstimmung. Wir sind dagegen, dass heute ohne eine reale Kostenanalyse hier schon eine Preiserhöhung um 20 Cent pro Kubikmeter für 2017 festgelegt werden soll.

Die Frage steht weitergehend, wie sich die TTIP-Verhandlungen auf andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge auswirken würden: ÖPNV, Strom- und Gasversorgung, Klinikum usw. Welche Vorsorge wurde da getroffen? Zur Frage, ob Verkehrsbetriebe rechtlich nicht als Eigenbetriebe der Stadt organisiert werden könnten. Druck gerade auf Verkehrsbetriebe mit Privatanbietern, die sehr viel niedrigere Löhne zahlen, schon jetzt erheblich. Die im Hauptausschuss geäußerte rechtliche Unzulässigkeit trifft u.E. nicht zu, da die Gemeindeordnung des Landes lediglich als *„zentrale Voraussetzung die Bindung an einen öffentlichen Zweck“* vorschreibt *„Rein erwerbswirtschaftliche Betätigung, bei der die Gewinnerwirtschaftung der einzige Zweck ist, ist den kommunalen Unternehmen damit untersagt“*. Wir regen an, zu prüfen, weitere Bereiche in Eigenbetriebe zu verlagern.

Kritik möchten wir noch äußern, dass die Beratungsgesellschaft Price Waterhouse Coopers dieses Gutachten erstellt hat, als Unternehmen das besonders gerne Privatisierung und PPP Projekte vermittelt. Auch die Kosten sind sicher erheblich. Bitte um Beantwortung.